



lich die Privatanstalten zu schließen. Aber warum gibt er nicht dem Verlangen auf Einschaltung des Stadtbüroportos nach? Es ist viel besser, wenn man die doppelten Briefe um einen ermäßigen Preis bestellen lässt, als den dritten Theil der Briefe um einen höheren Preis. Jedenfalls ist dieser Postbot in seinen Hauptnahmeposten kein Zeichen einer Buresicht zu einer Grundierung unseres Verkehrslebens. Angeklagt dieser Minderernehmung sollte man in den Ausgaben die allergrößte Beschränkung erwarten. Der Herr Schatzkanzler meint, die von dem Kriegsminister niedergelegten Forderungen seien dringlich, sind sehr verschieden. Es wird wohl möglich sein, aus dem Etat Posten, die wünschenswerth sein mögen, von denen die dringlich sind, zu sondern. Die Budgetcommission wird in diesem Jahre dabei ein gut Stück Arbeit machen können. Ein hervorragendes Interess hat diesmal der Marineteat, der  $\frac{1}{4}$  Millionen mehr für Militärpersonal verlangt, sehr einkommenswirker Weise 100 000 £ weniger für die Indienststellung, obgleich fünf Monate mehr bei der Aufstellung der Indienststellungs-Tabelle angezeigt sind. Es ist das zu accipieren als ein vorläufiges Anerkennnis, daß die Sache in dem Maßstabe, wie sie in Beurteilung der Colonialpolitik 1857/86 getrieben wurde, nicht weiterzuverfolgen ist. Der bedeutendste Punkt ist das, was in der Denkschrift steht. Während man uns 1854 sagte, in den nächsten 3 bis 4 Jahren werden wir keine Menge mehr von Ihnen verlangen, hat man später Kreuzer von uns verlangt. Einem Kenner haben wir gestrichen. Die Forderung tritt in diesem Jahre wieder auf und dazu die ganz neue Forderung eines Panzerlandebotes. Ob die Panzerlandebote vorbereitend seien im Interesse der Verbesserung oder der Offensivkraft, habe ich aus der Denkschrift nicht erfahren können. Es besteht früher eine sehr große Bedeutung für die Fahrzeuge. Heute scheint ja das große Panzerschlachtfeld ein überwundener Standpunkt zu sein, die Marineverwaltung hat wenigstens für Deutschland den Neubau von großen Panzerschiffen nicht mehr in Aussicht genommen. Es ist kein Zweifel, was der Verbesserung unserer Küsten nothwendig ist, das wird und muß bewilligt werden. Aber auf weitergehende Perspektiven, etwa einer Ostflotte zu schaffen, können wir nicht eingehen. Es war die Meinung des ganzen Hauses, das wir neben einer großen Landarmee eine große Flotte, wie sie andere Staaten entwickeln, nicht unterhalten können. Ich kann als Gewährsmann den Minister Lützow anführen, der in den Jahren 1878 bis 1880 als Reichstagsabgeordneter davor gewarnt hat, daß wir ja nicht ambitionieren möchten, etwa eine kriegsführende Seemacht zu werden. Der gegenwärtige Moment ist am wenigsten zu einem solchen Schritt geeignet. Der Herr Chef der Admirälität hat 5 Millionen für die nächsten 5 Jahre zum Schiffsbau gefordert. Dies ist in der Presse Quinquennat genannt worden. Dieses ist lange nicht so schlimm wie das Septennat. Der Herr Chef der Admirälität sagt selber: Wenn Sie in einem Jahr nicht wollen, wird's anders gemacht. Wozu also bemühen wir uns denn mit dieser Form? Dann kann die Sache in die Form eines Gesetzes gebracht werden wie das Septennat beim Militär. Die Wehrkraft des Landes nicht bloß intact zu erhalten, sondern sie auch auszubilden und, wie ich angebe, auch mit Rückicht auf das, was um einen liegt, das ist ein Gebot ebenso gut für die Reichsvertretung, wie für die Volksvertretung und die Regierungen. Aber andererseits darf man den von Theil der Wehrkraft des Landes, den finanziell nicht außer Rechnung lassen. Auch der alte Fris hat mit der ganzen Welt Krieg geführt und wahrscheinlich in einer Zeit, wo es schwerer war. Er hat aber einen Staatsabschluß von 15 Millionen Thalernhaar hinterlassen, weil er nicht allein der große Held war, sondern auch der große Finanzminister war. Auf die Militärvorlage wurde ich heute nicht eingehen, um so mehr, als ich ja wohl der Gegenstand einiger Auseinandersetzungen sein werde. Man hat meine Rede von 1880 in conservativen Blättern sogar zu Leitartikeln verarbeitet, freilich nur die Stellen, welche den Herren passen. Ich möchte aber doch ratzen, meine Rede im Text und nicht nach den Excerpten conservativer Blätter oder des Herrn Jerusalem zu lesen. Sie werden daraus sehen, daß die in einem conservativen Blatte excerptierten Stellen nur einen Theil bilden. Man hat geglaubt, mich auf das Septennat festzunageln zu können. Richtig ist, daß ich 1880 das Septennat habe umstossen wollen, mein Antrag auf fünf Jahre blieb aber in der Minderheit, und ich habe im Plenum ausdrücklich Vermehrung dagegen eingelegt, daß diese Aufführung für mich für die Zukunft bindend ist. Ich habe in meiner Rede auch die Gründe aneinandergelegt, weshalb ich damals auf das Septennat eingegangen bin. Diese Stellen werden aber einfach unterschlagen. Der Militärat hat im Extraordinarium eine starke Vermehrung um 14½ Millionen Mark. Die im Vorjahr abgelehnten Forderungen sind wieder eingegangen. Ich glaube nicht, daß diese Tactik eine richtige ist. Es wird dem Herrn Kriegsminister nicht gelingen, wenn er nicht ganz besondere Gründe, die wir bisher nicht gelernt haben, bringt, die Budgetcommission zur Billigung derselben zu bewegen, was sie damals abgelehnt hat. Denn die Finanzlage ist wieder schlechter geworden. Budgetrechtlich ist besonders die provisorische Einrichtung einer Landwehrinspektion in Berlin von Bedeutung. Wenn uns nicht näherer Aufschluß gegeben wird, so bin ich der Meinung, daß hier eine Verlegung unseres Vermögensrechts vorliegt, denn der Kriegsminister ist nicht berechtigt, gegen einen ausdrücklichen Beschluss des Reichstages eine auch nur provisorische Einrichtung aus Dispositionsfonds zu treffen. Dazu sind die Dispositionsfonds nicht da. — Es ist ein trauriger Zug in unserem öffentlichen Leben, daß gerade die Militärfrage benutzt wird, um Hegereien der unehrenhaftesten Art gegen mißliche Parteien zu machen; man sollte bei unserer heutigen unsicheren Weltlage den Parteihader aufbören lassen, denn alle Parteien haben das gemeinsame Interesse der Sicherung des Vaterlandes; aber man schämt sich nicht in gewissen Kreisorganen, die Opposition und deren Mitglieder als eine vaterlandslose Rote darzustellen, welche die Wehrkraft des eigenen Landes schädeln will. Man hat gar keine Ahnung davon, daß das im Auslande eine falsche Meinung über unsere inneren Verhältnisse herbeiführt, die unser Vaterland gefährlich werden kann. In einem conservativen Berliner Blatte las ich die Anerkennung des Herrn Kastor, wonach er meint, daß die deutsche Oppositionspartei, speziell die freisinnige, die Disciplin in unserer Armee durch politische Agitation verlieren wolle. Und ein deutsches conservatives Blatt schämt sich nicht, diese Worte zu bestätigen. Das ist ein deutliches Zeichen für die Verwirrung, welche in gewissen Kreisen heute besteht. Die Oppositionspartei wacht mit der größten Feindseligkeit darüber, daß die Armeen nicht in den Streit der Parteien hineingezogen wird. Der Mann, der den Versuch gemacht hat, die Offiziere in conservative Agitationen hineinzuziehen, war ein conservativer Herr, ein Mitglied dieses Hauses, Herr v. Kölzer. Ein nationalliberaler Blatt hat sich darüber gewundert, daß der Kriegsminister sich noch nicht darüber geäußert. Ich nehme an, daß er bisher noch keine Gelegenheit gehabt hat, Redeherrchaft darüber zu geben. Aber vor mir werden die ersten Gelegenheiten ergreifen, diese Frage zu erörtern. Ich melde diese Forderung an. Der Herr Kriegsminister wünscht, daß er von solchen Errörterungen vorher in Kenntnis gesetzt wird. Es wäre eine wunderliche Art von Patriotismus, wenn man gewisse, wegen ihrer Opposition mißliche Parteien als Parasiten betrachte, Parteien, die auf dem Boden der Verfassung und der Monarchie stehen. Die Gleichberechtigung aller Parteien ist ein Grundsat des öffentlichen Lebens; in einem anderen konstitutionellen Lande würde man denjenigen verlachen und spotten, der es wagte, die Gleichberechtigung der Parteien zu bestreiten. Geächtet werden bei uns Männer, die in Bezug auf die Finanz- und Steuerpolitik von den Erfolgen des Herrn v. Schulz nicht zufrieden sind. Herr v. Patzlawer hat es ja als eine Aufgabe seines Lebens bezeichnet, die oppositionellen Parteien selbst von dem communalen Leben auszuschließen. (Hört! Hört!) Vorteile erwarten wir von Ihnen nicht. Wir betonen nicht für unsre Herren um Lotteriesetzen, die Sie die Preise gegeben haben. Aber die Gleichberechtigung, die wir uns gewünscht haben, werden wir aufrecht erhalten. Was

hat denn eine verschiedene Anschauung in Finanz- und politischen Dingen mit dem Nero und dem Kern unseres Verfassungsbildens, mit der Zukunft unserer Monarchie und unseres Vaterlandes zu thun? Wird das, was heute die Ansicht des Reichskanzlers ist und als das einzige Wahre und Richtige betrachtet wird, auf die Daner Bestand haben? Wie sind der Meinung, die Wirtschafts- und Finanzpolitik, ja selbst die Sozialpolitik wird zum Verderben des Vaterlandes gereichen. (Burus rechts: Wir werden ja sehen) Nach der Thronrede soll die Unfallversicherung zum Abschluß gebracht werden. Vor drei Jahren wurden wir zur Bezahlung zweier Staats in einem Jahre gezwungen — der Zwang wurde in der feierlichen Form einer kaiserlichen Botschaft geübt —, damit in der nächsten Session die Alters- und Invaliden-Versorgungsgesetzgebung gemacht werden könnte. Die Anschauungen darüber haben gewechselt; jetzt heißt es, wir haben dazu kein Geld. Also auch hier wieder Wahlprogramm. Die Invalidenversicherung wird als Zugmittelpunkt benutzt, obwohl das Patrimonium der Erenten seiner Zeit seine Dienste nicht gethan hat. Besser wäre es, nach dieser Richtung Abstand von weiteren Schritten zu nehmen. Herr v. Bemmigsen hat sich auf dieses Gebiet nicht einzulassen wollen, und selbst Oechslebauer will Reichsdeutschland dafür nicht bewilligen. Ist die "Kreuzzeitung" mit ihrer Nachricht im Recht, daß das Gesetz bereits fertig sei, so bitte ich um baldige Veröffentlichung des Textes, damit unter Parren auf diese Lösung der sozialen Frage, wie Sie sie angekreift haben, befriedigt werde. Wir haben keine Ahnung, wie und mit welchen Mitteln es gemacht werden soll. Wieviel Geld braucht der Herr Staatssekretär dazu? Auf vom Bundesrathstisch: Eine ganze Menge! Ja, das glaube ich, aber wer wird diese hunderte von Millionen bezahlen? Natürlich die Arbeiter. Es wird Ihnen nicht gelingen, auf sozialpolitischem Gebiete Ideen mit Polizeimethoden niederschlagen, die Arbeiter zu verhindern, wenn Sie das Koalitionsrecht beinträchtigen. Ganz unklar ist der Palus über die Gewerbepolitik. Steht nicht auch hier ein Stückchen Reaction dahinter? Eine Geburtsstunde nach Zwangsinningen? Hier muß der Reichstag die Steuerpolitik, die nunmehr auf die Wähler gebracht werden soll, "Nur einmal eine andere Reichstagmajorität", lag ein mittelparteiliches Blatt, "dann wollen wir schön feiern Bahnhoffen". Ja, eine Majorität, die nicht von Richter und Windhorst kommandiert wird, sondern in Herrn v. Kölzer ihren Führer findet. Ja, dann würden Sie, glaube ich, gut umspringen mit gewissen Dingen, die uns am Herzen liegen. Aber die Wähler stehen noch dazwischen. Und wie schön klingt der wunderolle Enthemismus: "Anderweitige Verbilligung der Kosten", während es sich um ungemeine Vermeidung handelt! Wihat man es uns übel genommen, als wir fragten, wozu das Geld verwendet werden sollte. Der Finanzminister, so hielt es, habe ja schon gesagt, es handle sich nur um eine Steuerentlastung. Ja, was für eine Steuerentlastung! Herr v. Henne wird es wissen. Die Überweisungspolitik schüttet Sie nicht; Sie können zehn-15 Henne machen, es hilft Ihnen nichts. Was haben wir in der Commission erfahren? 50 Millionen nimmt das Reich vorweg, und wenn Sie jetzt die höhere Militärvorlage und die Marinewerden bewilligen, so bekommen Sie von Reichswegen noch ein paar Dutzend Millionen dazu. Dann gebrauchen Sie wieder eine größere Summe, um das Volk in Preußen zu zuführen. Sie haben also 150 Millionen nötig, ohne daß nur ein Steuerzahler einen Erleichterung erhält. Der Finanzminister hat mit seinen Steuervorlagen wenig Glück gehabt; die eine wurde gegen 3 Stimmen, die andere einstimmig abgelehnt. Der Finanzminister war aber in der Commission sehr befriedigt mit dem Resultate. Er sagte, es hätte sich doch wenigstens ein Consensus omnium — die Sozialdemokraten und Fortschrittkräfte ausgenommen — herausgebildet. Dr. Schweinburg aber meinte es ganz anders. Im Sommer eröffnete er plötzlich der Welt: die Regierung bräuchte, diesem Reichstage keine weitere Vorlage zu machen, in dem ausschlaggebend die Parteien seien, die ihre Aufgabe lediglich in der Unterminierung des Reiches sahen und nicht davor zurückstehen, mit den Polen, in gleicher Sache gegen die handgreiflichen Interessen des Reiches zu machen. Es sei notwendig, an die Stelle des jetzigen Konglomerats von Welfen, Franzosen, Sozialdemokraten, Polen und Polengenossen eine wirkliche Volksvertretung zu setzen. Herr v. Schulz hat uns einmal auszuhändigen, daß es ihm Vergnügen mache, sich mit diesem ausgewählten Journalisten in persönlichem Beretzb zu unterhalten. Ich glaube aber, der Herr Finanzminister sollte sich doch hüten, in dienen agitatorischen Ton zu verfallen. Die "Prov. Corr." hat auch einmal diese Art gehabt, und Herr v. Bemmigsen hat das damals mit Entrüstung aufgeregten, als eine Methode, welche unter öffentlichem Leben vergaßt. Was soll das Ausland lagen, wenn in inspirirten Organen derartige Anklagen stehen. Und wie ist denn die Mehrheit, hat denn die conservativen Partei die Brannweinsteuer gewollt? Dr. v. Maltzahn verblende: wir sind bereit zu einer Steuerreform, aber unter der Bedingung, daß die Landwirtschaft nicht darunter leidet. So geht es auch beim Zucker, aber die Zuckerdustrie darf nicht leiden und die Landwirtschaft. Jeder will, daß der Andere für ihn zahle! Wer aber ist dieser Andere? Der Consul lädt sich nicht dehnen, wenn man ihn nicht rationell steuerpolitisch behandelt. Es handelt sich daher nur um Ausgabe-Erhöhungen. Ich würde Ihnen vorschlagen, Herr Finanzminister, sich den Mann kommen zu lassen, der da meint, man brauche sich nur zu büßen, um Steuern zu erheben, die 5-600 Millionen betragen. Nehmen Sie ihn in Ihr Ministerium auf, vielleicht treten Sie dann später zu seinen Gunsten zurück. Die Vergleiche mit anderen Ländern können uns nicht helfen. In Deutschland häufigt man das mobile Vermögen auf 14 Milliarden, in Frankreich auf 70 bis 80. Es ist richtig, Russland, Frankreich, Österreich, Italien vermeiden Ihre Ausgaben, sie rüsten immer weiter. Aber wie lange werden auch die reichsten Länder es aushalten? Welches Schauspiel gewährt schon jetzt die Staatsverehrung in Frankreich? Die Verlegeren müssen in einem Lande, das, wie der Abg. Germain nachgewiesen hat, allein durch seine Jahresbedarf seit 1878 6 Milliarden Schulden gemacht hat, trotz seines Reichthums von Jahr zu Jahr zunehmen. Das hat sich jetzt schlagend gezeigt, und daher verhindern auch Finanzpolitiker wie Léon Beauvais: es gibt kein anderes Mittel, als Ablehnung aller neuen Steuern und Verhängung der Ausgaben. Diese Erkenntnis wird sich weiter Bahn brechen. Der finanzielle Krieg, mit dem Gambetta Deutschland zu schwächen und dann zu besiegen hoffte, weil Frankreich es länger und aufwändiger verhindern kann, ist es nicht getroffen. Das in Metaltrieb auf den Helden angewandte bairische Wappen ist modellirt von Prussia, einem Schüler Gedon, und in Stahl geschmitten von Hornam, den besten hiesigen Kräften für derlei Arbeiten. So viel man nun hört, liegt die Anregung vor, die Helme vollständig in den Militärwerkstätten zu Ingolstadt fertigen zu lassen.

München, 30. November. Der Prinzregent wird sich erst Anfang nächster Woche nach Berlin begeben.

**Oesterreich-Ungarn.**

Berlin, 26. Novbr. Über die Schwierigkeiten der Verständigung zwischen Rusland und Oesterreich ist hier ein "Bonmot" eines geistreichen Russen in Umlauf. Derselbe sagte: "Wir möchten uns gern mit Oesterreich vertraulich verständigen, aber wo finden wir Oesterreich? Wir suchen es: da springt uns ein Pole entgegen, der uns sehr unsympathisch ist. Wir suchen weiter; da springt ein Magyar hervor, mit dem auch schlecht zu reden ist, und sagt: Ich bin Oesterreich!" In den Ferientagen der Delegation finden wir es freilich am Ballplatz — aber nur in den Ferien.

Prag, 26. Nov. In Prag fanden vorgestern Ergänzungswahlen für die Gemeindevertretung statt. Es wurde kein einziger deutscher Kandidat gewählt, jedoch sind im Ganzen in sechs Wahlkörpern 992 deutsche gegen 2121 czechische Stimmen abgegeben worden.

**Frankreich.**

Paris, 30. November. Gute Vernehmungen nach der diesseitige Botschafter in London, Waddington, die englische Regierung erachtet eine definitive Antwort bezüglich des Suezcanal-Projektes zu ertheilen. — Der Handelsvertrag zwischen Frankreich und England ist ausgeschlossen worden. (W. T.)

**England.**

Dublin, 30. November. Der Prozeß gegen den irischen Abgeordneten Dillon ist bis zum 11. Dezember verschoben worden. (B. T.)

London, 29. November. Um 10 Uhr gestern Abend hörte man eine Explosion nahe der Polizeizentrale in Castle-Island, Irland. Die Polizisten stürzten heraus und fanden, daß eine mit Dynamit gefüllte Blaiche, an der eine Lunte bestellt gewesen, die Ursache war. Vier Männer wurden, als der That verdächtig, verhaftet.

Danzig, 1. Dezember.

Wetter-Aussichten für Donnerstag, 2. Dezbr., auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte. Unbeständiges Wetter bei auffrischenden südwestlichen bis westlichen Winden, ohne erhebliche Aenderung der Temperatur und ohne wesentliche Niederschläge.

\* **Außerordentliche Reichsamtssitzung.** Behutsam über Aufbringung der Kosten für Ausführung des Wechselregulierungsprojektes, Wahl von Deputirten für den Verhandlungstermin und Erklärung der Vollmacht behufs Abgabe bestimmter Befehle.

\* **Herr Fabrikbesitzer E. Pflaum.**





# Beilage zu Nr. 16183 der Danziger Zeitung.

Mittwoch, 1. Dezember 1886.

## Reichstag.

(Schluß.)

Staatssekretär v. Stephan bemerkte, daß der Einnahmeanstalt bei der Postverwaltung nicht von irgendwelchen Tarifen oder von irgendwelcher Privatconcurrentia abhänge, sondern lediglich auf einer calculatorischen Berechnung des dreijährigen Durchschnitts beruht. Die Feststellung der Telegraphengebühren auf 6 Pfennig für das Wort ist keine Erhöhung, sondern nur eine Ausgleichung für den Vorfall der Grundtage, welche in Folge der neuesten internationalen Abmachungen nothwendig war. Die Privatconcurrent hat die Post schon oft auszuhalten gehabt; die Concurrent hat aber niemals lange gedauert, weil zur Unterhaltung einer solchen Beförderungsanstalt eine große Organisation gehört. Es sei auch ein Irrthum, daß man mit einem billigeren Tarif auskommen könne; daß sei nur auf Kosten der Pünktlichkeit des Dienstes möglich. (Beifall rechts.)

Finanzminister v. Scholz: Es sollte allerdings so sein, daß Niemand im Reichstage glaubte, die Regierung verlangte das Geld für sich; vom Abg. Richter und in der freimaurischen Presse s. i. über der Regierung oft genug der Vorwurf der Plasmacherei gemacht worden. Dr. Rickert verlangt einen Finanzminister, er müßte doch als Reichstagabgeordneter wissen, daß das Reich in seiner Verfassung keinen solchen Finanzminister kennt. Dr. Rickert hat von der Zuckersteuer gesprochen; warum hat er das nicht bei der Zuckersteuergesetzgebung im vorigen Jahre gethan? (Richter: Damals hat Barth dasselbe gesagt) Bringen Sie doch ein neues Gesetz ein! Haben Sie nicht bei der Beratung der Novelle von den Forderungen der Regierung noch etwas abgestrichen? Dr. Rickert meinte, der Finanzminister solle andere Vorlagen machen. Ja, welche andere? Die Regierungen wollen dem Reichstage nicht die Initiative in der Steuergesetzgebung zufügeln, aber sie möchten gern wissen, welche Vorlage denn etwa auf Annahme zu rechnen hätte. Die Getreidezölle und deren schwankende Einnahmen hat Dr. Rickert getadelt. Die geringe Einnahme hat nicht überrascht; es handelt sich ja nicht um Finanz-, sondern um Schutzzölle, und es kann der Regierung nur angenehm sein, daß die gute Ernte die Einfuhr vermindert hat. Wir haben die Hoffnung, daß die deutsche Landwirtschaft den deutschen Bedarf an Getreide decken kann. Die Börsensteuer hat den erwarteten Ertrag nicht abgeworfen; dafür kann aber die Regierung nicht; denn es ist eine ganz andere Vorlage zur Annahme gelangt und namentlich sind bei der Abschwächung der Sicherheitsvorschriften Defraudationen nicht ausgeschlossen. Auch bin ich der Meinung, daß es traurig ist, wenn die Parteien in der Presse sich kränkende Vorwürfe machen. Aber wer im Glashause sitzt, soll nicht mit Steinen schmeißen. Wenn man sich vergegenwärtigt, was für unerhörte Dinge der Regierung seit Jahren vorgeworfen werden. (Abg. Rickert: Wo denn?)

— ich weide Ihnen eine Blüthenlese davon nächstens mitbringen, ich nenne jetzt nur das „Reichsblatt“ — so erklärt sich, daß nun auch von anderer Seite Vorwürfe kommen. Sie messen mit zweierlei Maß! Sagte nicht erst heute noch Herr Rickert: „Wir bettelten nicht um Potteriecollecten, die Sie ihren Prezepitien gewähren mögen.“ Gegenüber solchen Institutionen verlangen Sie noch, daß Ihnen überall in der unabhängigen und wenig von Rücksichten gebundenen Presse die Achtung gezeigt wird; welche Sie anderen verweigern? Der Finanzminister wiederholt nun seine früheren Erklärungen über den

seine „Beziehungen“ zu Hrn. Schweinburg. Er empfange denselben, wie er auch die Redacteure anderer Blätter empfange und wie er auch den Redacteur und die Patronen des „Reichsblatts“ empfangen werde. Ihn für alles das verantwortlich zu machen, was nun in diesen Zeitungen stehe, das müsse er von sich abweisen. Alle Ausgaben, welche gemacht sind, sind mit Zustimmung des Reichstages gemacht worden. Dann darf man auch nicht die Regierungen anschlüpfen, daß sie ihre Versprechungen nicht gehalten haben. Versprechungen haben die Regierungen nie gemacht, sie haben nur Programme aufgestellt (Heiterkeit links), und wir bedauern, daß sie noch nicht ausgeführt sind. Dazu ist aber der Reichstag nicht zu finden gewesen. Das ist doch nicht unser Fiasco. Die Programme der Regierung müssen sich ändern mit der fortschreitenden Entwicklung der Beziehungen. Das deutsche Volk ist reich genug, um den Aufwand für das Heer zu bestreiten, wenn er nur vom Reichstag bewilligt wird. Das deutsche Volk gibt zwei Milliarden für Brauntwein, Bier und Tabak aus; es hat fast keine Staats Schulden und sollte nicht eben soviel Geld für sein Heer aufwenden können wie andere Staaten? Das Brauntweinmonopol allein könnte den Bedarf decken. (Hört!) Namentlich wenn das Tabakmonopol dazu kommt. Aber die Opposition weigert sich aus übertriebener Sparamkeit, selbst solche Ausgaben zu bewilligen, die allgemein als nothwendig erkannt sind, wie z. B. die erhöhten Rationen für die Cavalierieferde. Man kann den Zustand wirklich am besten mit dem Goethe'schen Wort bezeichnen: Das Unzulängliche, hier war's Ereignis. (Beifall rechts.)

Abg. v. Benda (nat.-lib.) sieht die Ursache für die augenblicklichen schlechten Finanzverhältnisse in früheren Fehlern. Die Reform der Zuckersteuer sei auch von seinen Freunden oft genug angeregt worden, aber einen so rapiden Erfolg habe man doch nicht erwarten können. Der ungünstige Eindruck, den er beim Studium des Staats empfange, sei durch die Rede des Schatzsekretärs nur noch verstärkt worden. Die bedeutendsten Punkte seien die Erhöhung der Matricularbeiträge und der Anleihe. Nach den hente erhaltenen Aufklärungen wird das Deficit im nächsten Jahre ein noch viel bedeutenderes sein, wenn nicht bis dahin eine Deklaration beschlossen wird. Außer dem Deficit sind noch andere Ausgaben zu decken, namentlich Aufwendungen für die Erleichterung der Communal- und der Schullasten; außerdem ist an die Amortisation der Eisenbahnschulden in Preußen zu denken. Denn das fortwährende Schuldenmachen ist das größte Übel. Die Nationalliberalen seien bereit, die Hand dazu zu bieten, daß wir aus diesen Zuständen herauskommen. Bei der Brauntweinstuer sei auf eine Einigung der Parteien zu rechnen, aber die Regierung sei im vorigen Jahre mit dem Erreichbaren nicht zufrieden gewesen. Es wird natürlich unsere Aufgabe sein, zu prüfen, ob die Motive der Militärvorlage in Bezug auf die internationalen Beziehungen begründet sind. Aber die Hoffnung habe ich, daß, wenn die Nothwendigkeit der Vermehrung unseres Heeres anerkannt wird, unser deutsches Volk in der Opferfreudigkeit zur Sicherheit und zur Ehre unseres Vaterlandes hinter keinem anderen Volke zurückstehen wird. (Beifall.)

Personlich bemerkte Abg. Rickert: Der Finanzminister habe ihn in einer Reihe von Punkten vollständig mißverstanden. Es sei unrichtig, daß er (Redner) über die Schweinburgschen Bemerkungen über den

Reichstag versimmmt sei. Was Hrn. Schweinburg darüber schreibe sei ihm und dem Reichstage hoffentlich auch vollständig gleichgültig. Er habe das nur zur Charakteristik der insvirierten Presse angeführt. In Bezug auf das Fiasco stelle er folgendes richtig: Er (Redner) habe gesagt, die Regierungen hätten 1879 verabredet, die neuen Steuern zunächst zu Steuererleichterungen zu verwenden. So steht es ausdrücklich in der Thronrede von 1879. Diese Versprechungen habe die Regierung nicht erfüllt, die Steuerlasten seien vermehrt. Das seien Thatsachen. Im Uebrigen danke er dem Finanzminister aufrichtig für seine letzten offenen Mittheilungen. Dieselben seien von unschätzbarem Werth. (Glocke des Präsidenten) Leider könne er darüber heute im Rahmen einer perlönlichen Bemerkung nicht reden. (Heiterkeit.) Die weitere Berathung wird bis Mittwoch vertagt.

## Litterarisches.

Die Schlosserische Weltgeschichte für das deutsche Volk ist jetzt in ihrer vierten illustrierten Ausgabe (20. Auflage) erschienen. Die neue Auflage, in welche die Ergebnisse der neuesten historischen Forschung aufgenommen sind, enthält die Fortführung der historischen Darstellung bis in das jetzige Jahr hinein. Die Vorauszeuge des rühmlichsten bekannten Werkes, des mit Recht populärsten aller Weltgeschichtlichen Werke, sind so bekannt, daß es Eulen nach Athen tragen hieße, sollte man dieselben des näheren registrieren.

## Vermischte Nachrichten.

Jules Barbier schreibt soeben an einem Libretto zu einer neuen Oper für Gounod, welches dem bekannten Scribe'schen Lustspiel „Frauenkap“ entnommen ist; die Oper wird in der Opera-Comique in Paris zur Aufführung gelangen. Für dasselbe Theater wird eine Oper „Werther“ von Massenet componirt.

\* Otto Spamer, dessen Tod gemeldet ist, war der Gründer eines der bedeutendsten und eignethümlichsten Verlagsgeschäfte in Leipzig. Spamer's Verlag ist eine Specialität. Seine Anstalt, die Druckerei Buchbinderei, Holzschnitt-Ateliers in sich vereinigt, bedeckt in Leipzig einen ganzen Häuserblock. Spamer war ein Schüler des genialen Joh. Jak. Weber, der den Holzschnitt in die periodische Presse eingeführt hat, des Gründers der „Ill. Stg.“ 1847 kaufte Spamer einen kleinen Verlag und machte sich selbständig. Die ersten Jahre waren sehr mühselig; das Glück kehrte erst bei ihm ein, als er den Holzschnitt in sein Geschäft einführte. Jugend-schriften mit gutem Text und Illustrationen zu billigem Preise zu liefern, das war der Gedanke, der ihn eingespielt hat. Nach diesem System hat er hunderte von Büchern in Millionen von Bänden verbreitet und zweifellos Einfluß auf die Bildung der seitdem herangewachsenen Generationen geübt. Freilich ist es ihm nicht so gut geworden wie dem Franzosen Hezel, der Spamer's Gedanken nach Paris verpflanzt. Hezel hatte wie Keil den genialen Zug des Eindeckers; er wußte die größten Schriftsteller seines Volkes für sein Unternehmen zu gewinnen. Spamer hat unter seinen Mitarbeitern wenig Namen von vollem Klang; sein bester Mitarbeiter ist er eigentlich selbst gewesen. „Franz Otto“ (das war Spamer's Schriftstellername) war ein fruchtbarer Schriftsteller mit ungewöhnlich scharfem Blick für das volksthümlich Wirksame; „der große König und sein Knecht“ wird mit seinen starken Auslagen noch lange Zeugnis dafür ablegen. In den letzten Jahren

hatte Spamer das Verlagsgeschäft seinen Erben abgetreten und sich auf das Land zurückgezogen, wo er hin und wieder noch als Schriftsteller thätig war.

\* [Ein deutscher Freiheitskrieger] In Greenville in Nordamerika ist vor einigen Tagen Thomas Brinkmann im Alter von 95 Jahren gestorben. Brinkmann hatte als Stabs-Trompeter unter Blücher die Schlacht von Waterloo mitgemacht und pflegte zu behaupten, daß damals durch seine täusende Nachahmung des französischen Rückzugs-Signals die französischen Truppen in Unordnung gebracht und so die Niederlage Napoleons herbeigeführt wurde.

\* [Die Mutter eines zum Tode Verurteilten] Aus London schreibt man: „Für den 24. d. M. wurde die Hinrichtung des dreißigjährigen William Marrow festgelegt, der seine Frau in Folge eines Streites in die Themse gestoßen, woselbst sie ertrank. Zahltausend Personen unterzeichneten ein Begnadigungsgesuch; die Königin gab demselben Folge und die Mutter des Verurteilten, welche die letzten Tage in nameloser Angst in der Nähe des Gefängnisses verbracht hatte, sollte ihrem Sohne die glückliche Nachricht überbringen. Als die alte Frau in die Zelle trat, begann der Mörder, der meinte, daß es sich um den letzten Abschied handle, an allen Gliedern zu zerren; die Mutter rang nach Worten, doch ehe sie noch eine Silbe gesprochen, fing sie zu röcheln an und sank als Leiche zu Boden. . . Erst der Kerkermeister setzte Marrow von dem ihm gewährten Nachlaß der Todesstrafe in Kenntniß.“

\* [Anssterben der Büffel] Da die Büffel in den Vereinigten Staaten sich derartig vermindern, daß es in kurzem keine mehr geben wird, läßt der Director des Nationalmuseums in Washington eine Anzahl dieser Thiere für das Museum ausschöpfen.

Gittelbrück, 28. Nov. [Ginsturz.] Heute Nachmittag hatten sich im hiesigen alten Schulhause, wo eine öffentliche Versteigerung stattfand, ungefähr 100 Personen versammelt, als plötzlich der Boden einbrach. Viele gab es nicht, jedoch sind viele und mitunter erhebliche Belastungen zu verzeichnen. Hilfe war sofort zur Hand.

Crefeld, 28. Novbr. Zu Fleischbeschauerinnen werden hier jetzt eine Anzahl junger intelligenter Damen im Schlachthofe ausgebildet.

Ebersfeld, 28. Nov. [Steckbriestich verfolgt.] Gegen einen Lehrer der hiesigen Oberrealschule ist wegen Begehung mehrerer Sittlichkeitsverbrechen die Untersuchung eingeleitet worden. Der Angeklagte hat sich der Verhaftung durch die Flucht entzogen und wird stets brieflich verfolgt.

## Ein „Börsensturm“ in Berlin.

\* Berlin, 29. Novbr. Die Berliner Handels-Gesellschaft hat in der letzten Woche einen Erfolg davongetragen, wie er in der Geschichte der finanziellen Ereignisse bisher (selbst die „Gründerzeit“ nicht ausgeschlossen) kaum je da war. Sie legte die Actien des „Gruisonwerks“ (der früheren Firma H. Gruison in Budau bei Magdeburg, Fabrik von Maschinen, Panzerplatten, Panzerhülsen, Kanonen &c.) zum Course von 128% zur Subscription auf und machte, weil man einen großen Andrang voraussah, die erschwerende Bedingung, daß Jeder, welcher Actien zeichnete, den vollen Betrag seiner Zeichnung in bar deponiren mußte. Trotzdem wurden auf 4 Millionen, die aufgelegt waren, circa 150 Millionen gezeichnet, so daß ca. 190 Millionen in baarem Gelde resp. in Chees eingezahlt wurden. Es

